

Neuß-Grevenbroicher Zeitung.

Erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.
Preis pro Quartal: in Neuß in's Haus gebracht und auswärts an der Post abgeholt 1 Mark 75 Pf. = 17½ Sgr.

Verantwortlicher Redacteur: **St. Konert** in Neuß.
Druck und Verlag der Gesellschaft für Buchdruckerei zu Neuß, **P. M. Schmidt**.
Expedition: Neuß, Markt A Nr. 91.

Insertate für die nachfolgende Nummer werden bis 7 Uhr am Vorabend erbeten; Preis für die 6-spaltige Zeile oder deren Raum 15 Pf. = 1½ Sgr.

Amthliches.

Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht, dem Kreis-Secretär Remig in Trier den Charakter als Kanzleirath, sowie dem Geh. Justiz- und Appellat.-Gerichts-Rath Noelle zu Marienwerder den Rothen Adler-Orden 3. Klasse mit der Schleife, und dem Stadtgerichts-Rath Dr. Ebertz zu Berlin den Rothen Adler-Orden 4. Kl. zu verleihen.

Dem ersten Seminarlehrer am Schullehrer-Seminar zu Montabaur, Karl Severin Weiser, ist das Präbikat, Musikdirector beigelegt worden.

Am Gymnasium zu Frankfurt a. O. ist der ordentliche Lehrer Dr. Richard Otto Franz Mühlrad zum Oberlehrer befördert worden.

Der Privatdocent Dr. med. und phil. C. Kütz in Marburg ist zum außerordentl. Professor in der medicin. Facultät der dortigen Universität ernannt.

Deutschland.

8 Berlin, 14. März. Der Reichstag verwies heute den Antrag des Abg. Richter auf Vorlegung der Nachweisungen über die bis jetzt auf die französische Kriegsschuldung verrechneten Ausgaben an die Budget-Commission und trat dann wieder in die Berathung über den Etat ein. Minister Hofmann stellte in Folge einer Anfrage des Abg. Kapp für die nächsten Tage einen Bericht über die Thätigkeit des Commissars für die Ueberwachung des Auswanderungswesens in Aussicht, worauf Abg. Vogens das Verlangen nach Mittheilungen über die Ermittlungen des bekannten Gurawski'schen Falles und noch Ankündigung über die Zahl, die Staatsangehörigkeit, das Alter und die Confession der im vorigen Jahre Ausgewanderten, sowie die Ursachen ihrer Emigration aus sprach. Darnach knüpfte Redner den Nachweis der Pünktlichkeit des dem katholischen Clerus gemachten Vorwurfs, daß derselbe die Auswanderung befördere, während er sich nur der Auswanderer katholischer Confession in den Auswanderungsbüroen annehme, um sie gegen Ausbeutung zu schützen. Dem Abg. Kapp, der letztere Thatsache zugab, aber auch bei der Behauptung verblieb, daß katholische Geistliche an vielen Orten Leute zur Auswanderung zu verleiten suchten, erwiderte Abg. Mojanke, daß Blätter von der Parteirichtung des Vorredners die Grundlosigkeit einer derartigen Beschuldigung festgestellt hätten. Außerdem bemerkte er, daß Fürst Jhrburg-Bierstein in Antwerpen Auskunft über den unbescholtenen Charakter Gurawski's erhalten habe, und daß diesen kein Vorwurf treffe. — Im Widerspruch mit dem Abg. Schmidt (Stettin), der eine Erhöhung der Befoldungen für die Beamten des statistischen

Amtes befürwortete, empfahlen die Abgg. Braun (Waldenburg) und Reichensperger (Erfeld) auch nach dieser Seite hin größte Sparsamkeit. — Weiterhin wurden vom Bundesrathstische aus Anträge der Normal-Edictungs-Commission im Interesse streicher Durchführung des Decimalsystems in Aussicht gestellt. — Den Wünschen der Abgg. Dr. Voewe und Dr. Sombart in Betreff der Verhütung einer Fälschung von Nahrungs- und Genußmitteln, sowie einer Verbesserung des Veterinärwesens versprach der Reichskanzler nach Möglichkeit entgegen zu kommen, daran die Bitte knüpfend, daß das Haus die verlangten 10,000 M. für die Apparate des chemischen Laboratoriums zur Untersuchung des Trinkwassers in den größeren Städten bewillige.

— Abg. Dr. Reichensperger meinte, daß damit dem beabsichtigten Zwecke, der Verhütung von Lebensmitteln, die durch die Wissenschaft gefördert werde, vorzubeugen, nicht genügt werde. Vielmehr müßten sich an jedem Orte Comités bilden und diese mit den Behörden Hand in Hand gehen. — Fürst Bismarck bedauerte, daß er auf diesem Gebiete sich mit dem Vorredner nicht verständigen könne und wenn er auch mit dem Vorschlage der Bildung von Comités einverstanden sei, so fehle es doch an Organen zur Mitwirkung. — Schließlich wurde diese Position bewilligt, ebenso die vom Abg. Richter (Hagen) bekämpfte, dagegen vom Staatssecretär v. Bülow und vom Abg. Koster befürwortete Gehaltsverhöhung für den Ministerialdirector im auswärtigen Amte um 5000 M. — Dagegen lehnte das Haus mit 10 Stimmen Mehrheit die von den Abgg. Schröder (Wipplad) und Richter (Hagen) mit Rücksicht auf den herrschenden Nothstand und die Nichtbeachtung berechtigter Ansprüche der niederen Beamten angegriffene Forderung einer Bulage von 30,000 M. für den Reichskanzler in London ab, obgleich Staatssecretär v. Bülow versichert hatte, daß aus der Bewilligung keine Folge für den übrigen deutschen Reichskanzler gezogen werden dürfe.

Für den Reichskanzler in St. Petersburg war dieselbe Bulage gefordert worden. Fürst Bismarck trat mit ungemeiner Wärme für die Bewilligung dieser Position ein, indem er auf das kostspielige Leben in Petersburg, die große Entfernungen und auf die Nothwendigkeit hinwies, daß der Reichskanzler nicht bloß für seine Person, sondern auch für die „Botschafterin“ und selbst für seine Kinder Equipage halten müsse. Ihn unterstützte von seinem geringen Standpunkte aus Abg. v. Unruh, der seine praktischen Erfahrungen als „commis voyageur“ unter allgemeiner Heiterkeit zum Besten gab und betonte, daß man in Paris, Wien und London mit geringeren Mitteln anständig leben könne, nicht aber in St. Petersburg. — Febr. v. Schorlemer-Alst konnte jedoch diese Gründe um so weniger als stichhaltig anerkennen, als die Unterbeamten der Londoner Botschaft durchweg höher befol-

det sind, als die der Petersburger Botschaft. Wenn der jetzige Botschafter in St. Petersburg mit seinem gegenwärtigen Einkommen nicht auf seinem Posten bleiben wolle, werde sich in der Botschafter-Fraction schon ein Nachfolger für ihn finden. Nach geschlossener Discussion beehrte der Dr. Abgeordnete den Fürsten Bismarck, der in seinen Ausführungen eine Stichelei gefunden hätte, daß er völlig mißverstanden sei. — Mit 163 gegen 148 Stimmen beschloß das Haus alsdann Bewilligung der Bulage. — Demnächst gab der Unterstaatssecretär im Reichsjustizamt, Dr. Friedberg, ein ausführliches Exposé über die zu erwartende Thätigkeit dieser Behörde. Aus seiner langen, sehr beifällig aufgenommenen Rede ist hervorzuheben, daß sich außer dem zur Einführung der Reichsjustizgesetze nöthigen Fortschritten ein die Abänderung des Actiengesetzes bezweckender Gesetzentwurf in der Vorbereitung befindet, und daß es in der Absicht des Reichskanzlers liegt, aus dem Reichsreisenbarnamt eine Art Reichshyndicat zu schaffen. — Um 4¼ Uhr wurde die Berathung auf morgen 12 Uhr vertagt.

Berlin, 12. März. Bei der Berathung der Justizgesetze hatte der Reichstag in seiner letzten Session folgende Resolutionen angenommen:

I. 1) Den Reichskanzler aufzufordern, mit thunlichster Beschleunigung dem Reichstage den Entwurf einer Militär-Strafproceßordnung vorzulegen, in welcher das Militär-Strafverfahren mit den wesentlichen Formen des ordentlichen Strafproceßes umgeben wird; 2) den Reichskanzler aufzufordern, dem Reichstag mit thunlichster Beschleunigung einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen unter Festhaltung der im Strafgesetzbuch über die Freiheitsstrafen enthaltenen Bestimmungen die Vollstreckung der Freiheitsstrafen in Ansehung der Gefängnis-Einrichtung, der Verpflegung, Beschäftigung und Behandlung der Sträflinge gesetzlich gleichmäßig für das deutsche Reich geregelt wird.

II. Den Reichskanzler zu eruchen, womöglich noch vor dem Inkrafttreten der Konkursordnung die einheitliche Regelung des in § 17 des Entwurfs des Einführungsgesetzes behandelten Gegenstandes im Wege der Reichsgesetzgebung herbeizuführen.

Hierauf ist dem Reichstage seitens des Reichskanzlers folgende Benachrichtigung zugegangen:

Zu I. 1) Die erforderlichen Schritte behufs Fertigstellung des Entwurfs einer deutschen Militär-Strafproceßordnung sind eingeleitet. 2) Die vorläufige Aufstellung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend den Vollzug der Freiheitsstrafen, ist bereits erfolgt. Eine alsbaldige Vorlegung desselben kann jedoch noch nicht in Aussicht genommen werden, da die Vorberathung noch längere Zeit in Anspruch nehmen wird.

Zu II. Das Reichs-Justizamt ist zur Erörterung der

Der Auswanderer.

Erlebnisse eines Deutschen in Nord-Amerika.

15) Obwohl der ganze Antritt kaum zwei Minuten gewährt hatte, war doch die Aufmerksamkeit der Umgebung dadurch im hohen Grade erregt worden. Mehrere andere Zehländer hatten sich ihrem Landsmann beigelegt und dessen Partei genommen. Ein Hagel von Schimpfwörtern, die Vorkmann nur zum kleinsten Theil verstand, sauste auf ihn nieder und die drohenden Geberden, die wuthvergeirten vom Branntwein gerötheten Gesichter ließen ihn das Schlimmste befürchten. Er sah ein, daß es tollkühn sei, sich mit diesen rohen Gesellen in einen Kampf einzulassen. Mit Aufgebot aller seiner Kräfte suchte er daher den ihn umdrängenden Haufen zu durchbrechen, was ihm jedoch erst nach vieler Mühe mit Zurücklassung seines Hutes gelang. Außerdem hatte er einen derben Faustschlag in's Gesicht einstecken müssen und seine beiden Röschhöfe waren ihm auf das jämmerlichste zerrissen. „Ja, ja!“ ist eine böse Sorte Menschen, diese Zehländer,“ hörte er eine männliche Stimme auf Englisch im gutmüthigen Tone sagen, „habe auch mit ihnen zu thun gehabt. Demen muß man auf zehn Schritt aus dem Wege gehen.“ Vorkmann sah auf. An dem gusseisernen Geländer lehnte ein alter Mulatte in nachlässiger Haltung, den Rauch einer nicht übermäßig feinen Cigarre in dichten Wolken vor sich hin blasend. Als er dem Blicke des Deutschen begegnete, nickte er ihm mit wohlwollendem Nicken zu und wiederholte: „Eine böse Sorte, Sir! eine böse Sorte!“

„Ich hätte nicht geglaubt,“ erwiderte Vorkmann, „daß man in dem Bestreben, sich ein bißchen Beschäftigung zu suchen, solche unerquickliche Auftritte erleben muß,“ und von dem inneren Drange, sich mitzutheilen, getrieben, erzählte er dem lächelnd dreinschauenden Mulatten, wie sich die Scene von Anfang an entwickelt hatte.

„Will Ihnen was sagen, Sir!“ erwiderte jener, eine gewaltige Rauchwolke von sich blasend, „so ganz im Unrecht waren die beiden Zehländer nicht; denn sie sind jeden Tag hier und sind, was man so sagt, fest. Wollen Sie nun auch permanent Gepäckträger werden, so müssen Sie schon ein bißchen beschreibener anfangen, das heißt, Sie müssen sich nicht gleich von vornherein vorordnen, hübsch diejenige Arbeit nehmen, die übrig bleibt und die kein anderer will, und vor allen Dingen jeden Tag hier sein, Sir, jeden Tag ohne Ausnahme. Dadurch werden Sie bekannt und bringen es allmählig dahin, daß man Sie duldet und Ihnen auch

Etwas zukommen läßt. Kann ich Ihnen sonst in irgend etwas nützlich sein, Sir? Ich bin Agent der Firma Wellrich und Sohn, des bedeutendsten Handlungshauses in Tabac dießseitiger Hauptstadt.“

Vorkmann dankte dem freundlichen Manne für seinen guten Rath, bedauerte, nicht weiter mit ihm in Verbindung treten zu können und begann nun, sich eine noch billigere Wohnung in einem Stadttheil zu mieten, von dem aus er den Hafen in kürzester Frist erreichen konnte. Noch an demselben Tage richtete er sich in seiner neuen Wohnung ein, setzte seinen Anzug wieder in Stand und traf seine Vorbereitungen, so, daß er am folgenden Morgen in aller Frühe seinen Posten einnehmen konnte.

Allein auch der zweite Tag verging, ohne daß sich ihm irgend eine Gelegenheit zu einem kleinen Verdienst dargeboten hätte. Der Platz am Quai war überfüllt von brodblosen Leuten, die einander den Rang ablieffen und sich gegenseitig Concurrenz machten. Er sah, daß Auftritte der Art, wie der gestrige, durchaus nicht zu den Seltenheiten gehörten, und die Sorge für seine zukünftige Existenz trat in immer drohenderer Gestalt vor seine Seele. Als auch der dritte, der vierte Tag verging, ohne ihn nur im Geringsten seinem Ziele näher zu bringen, als der Inhalt des Goldstaubjägers bei der enormen Theuerung aller Lebensbedürfnisse in erschreckender Weise abzunehmen begann, kam es wie stille Verzweiflung über ihn, und früher als gewöhnlich schlich er in sein abgelegenes Stübchen zurück, setzte sich an das Fenster, stützte den Kopf in die rechte Hand und schaute mit trübem Sinnen in das frühliche Treiben der Straße hinaus.

„Es ist ein gar schwieriges Land, dieses Amerika,“ murmelte er vor sich hin, „ich wollt, ich wär' daheim in meiner guten amtlichen Stellung, säße, wie sonst in den Tagen meines Glückes in meiner behaglichen, bequemen Schreibstube eifrig arbeitend am Pulte. Ach! den schwierigen Verhältnissen hier zu Bande bin ich ja in keiner Weise gewachsen, und wahrscheinlich wird es mir nie, nie gelingen, in eine sorgenfreie Lebensstellung zu kommen.“

Er dachte an seine verunglückte Farmerlaufbahn zurück und seufzte tief auf. Dann fiel ihm Red ein, der arme Red, der vielleicht schon längst seinen Feinden in die Hände gefallen und zu Tode geprügelt war. Wie sehnlich hatte er jeden Tag nach dem Glückling ausgesehen, aber nie hatte er unter den vielen, vielen Menschen, die den Platz am Hafen belagerten, eine Negerfigur bemerkt, die ihn auch nur von fern an Red erinnerte hätte.

Eben wollte er das Fenster schließen, als er auf dem gegenüberliegenden Straßenseiten einen mit einer gewissen Robesse gekleideten Schwarzen bemerkte, der ihm in Gang, Haltung und Figur das leidhafteste Ebenbild Reds schien.

Er sah genauer hin, es war ihm, als müßte er sich täuschen. Der Neger trug einen eleganten Panamahut und einen schwarzen Anzug von modernem Schnitt. Er rauchte eine Cigarette und schaute sich mit einem feinen Späzerröschchen fingerhaft vorwärts. Sollte dieser elegante Bon vivant in der That Red sein?

Er mußte Gewißheit haben. Hastig verließ er sein Zimmer, stürzte die Treppe hinab auf die Straße und rannte hinter dem Schwarzen her, den er auch nach wenigen Sprüngen einholte. „Um Vergebung, mein Herr,“ begann er, „heißt Sie nicht Red?“

Bei den ersten Worten schon hatte der Neger seinen Kopf nach dem Frager umgewandt. „Ah, guten Tag, Massa Vorkmann,“ sagte er augenscheinlich erfreut, „guten Tag, Massa! wie kommen Sie nach New-York? wie geht's Ihnen? Ah, Sie haben kein Glück gehabt, wie mir scheint?“

Der Deutsche konnte nicht länger daran zweifeln, daß er den ehemaligen Sklaven von Wilms Farm vor sich hatte. Ein freudiges Lächeln überflog seine Züge. Es war ihm, als müßte seine Lage sich nun zum Besseren wenden, denn das ganze Aeußere des Negers ließ darauf schließen, daß er in günstigen Verhältnissen lebte.

„Ja, Red!“ antwortete er, „mir ist's nicht gut gegangen, seitdem Du geflohen bist. Die Amerikaner haben mich im wahren Sinne des Wortes von meinem Besitzthum gejagt, weil sie's herausbekommen hatten, daß ich Dir auf die Sprünge half. Nun bin ich hier in der großen theuren Stadt ohne Verdienst, und meine geringen Mittel gehen zu Ende. Dir scheint es besser zu gehen. Du bist nicht mehr am Hafen?“

„Nein, Massa! am Hafen ist's nichts,“ erwiderte Red, „habe was Besseres gefunden und glaube, auch etwas für meinen Lebensretter thun zu können. Kommen Sie, ich werde Ihnen bei einem Glase Grog Alles erzählen.“

Er zog den Deutschen, indem er ihn unter dem Arm faßte, mit sich fort in das nächste Caffeehaus. Hier bestellte er zwei Gläser von dem heißen Getränk, das in ihm einen leidenschaftlichen Bekehrer befaß, und nachdem er einen tüchtigen Zug gethan, hub er an zu erzählen.

Fortf. folgt.

Frage, ob die reichsgerichtliche Regelung des Gegenstandes bei der gegenwärtigen Lage der Arbeiten der Kommission zur Ausarbeitung des Entwurfs eines bürgerlichen Gesetzbuchs in Angriff zu nehmen sei, mit den verbündeten Regierungen in Korrespondenz getreten.

Die Reichstags-Mitglieder Krüger (Hadersleben), Charles Grad, J. Querber, Ch. Germain, Ed. Jaunez, De-
langon, Dr. v. Kamierowski, v. Garlinski, Dr. v. Boltowski,
B. Winterer, Hedmann, Ch. Abel, Magdzinski, Graf Kwi-
ledt und Prinz Czartorski haben folgenden Antrag ein-
gebracht:

„Der Reichstag wolle beschließen, den Reichskanzler auf-
zufordern und zu beauftragen, sofort Vorkehrungen dahin
zu treffen, daß das durch den § 5 des Prager Friedens
den nördlichen Districten Schleswigs gewährte Recht der
freien Abstimmung über die staatsrechtliche Angehörigkeit
derselben baldigst verwirklicht werde.“

Die Budget-Kommission hat die Regierungsvorlage
betreffend Schaffung von 120 neuen Hauptmanns-
stellen mit 14 gegen 12 Stimmen angenommen. Der Re-
gierungs-Commissar wies auf die französischen Rüstungen hin.

Der Abgeordnete Magdzinski und Genossen haben
nachstehenden Antrag vorbereitet, der wahrscheinlich mor-
gen mit den Unterschriften der Polen, des Centrums, der
Fortschrittspartei, der Elssässer und der Social-Demokraten
dem Reichstage zugehen wird: „Der Reichstag wolle beschlie-
ßen: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, die Zurücknahme
der Requisition des kaiserlichen Ober-Postdirectors zu Brom-
berg, welcher die Inhabitation des Dr. Kautski wegen
Zeugniß-Verweigerung zur Folge hat, zu veranlassen. Von
Seiten der Nationalliberalen soll beabsichtigt werden, durch
ein sogenanntes Nothstands-Gesetz den § 69 der deutschen
Straf-Proceßordnung, der die Haft zur Erzwingung eines
verweigerten Zeugnisses auf höchstens sechs Monate beschränkt,
sowie in Kraft treten zu lassen.“

Die „Provincial-Correspondenz“ bringt einen Artikel
über den gewerblichen Nothstand nach einer amt-
lichen Denkschrift. Sie hebt hervor, daß das Recht auf Arbeit
gegenüber dem Staat bei Ausbruch einer Geschäftskrise sei
entchieden nicht anzuerkennen. Die Ausführung von Bauten,
welche andernfalls nicht unternommen worden wären, er-
scheine höchst bedenklich und gefährlich. Der schon laut ge-
wordene Ruf nach Umgestaltung der socialen Ordnung würde
um so stärker ertönen, je mehr die Regierung unter Auf-
gebung ihrer Grundsätze scheinbar unter dem Druck der in
Volksversammlungen gefaßten Resolutionen sich nachgiebig
erweise. Die Regierung werde allerdings die geplanten und
bewilligten Bauten eifrig fortsetzen. Der notwendige Aus-
gleich zwischen Production und Consumption habe nunmehr
begonnen. Dies und die Befestigung der Arbeitelöhne, welche nach
allgemeinen wirtschaftlichen Gesetzen und Erfahrungen ein
Herabgehen der Lebensmittel-Preise nach sich ziehen müsse,
sei ein natürliches Heilmittel zur Befriedung der wirtschaft-
lichen Zustände.

„Zur Beruhigung aufgeregter liberaler Nerven“ kann
die „Kreuzzeitung“ versichern, daß bis heute Herr v. Pleiß-
Rehow beim Fürsten Bismarck nicht zu Mittag gegessen hat.

Aus Schlesien, 11. März. Wenn eine Mittheilung
des Niederschlesischen Anzeigers richtig ist, hat das Ein-
sperren von Redactoren behufs Erzwingung ihres Zeugnisses
auf unbestimmte Zeit ein Seitenstück in der Inhabitation
wegen Kontraktbruches bis zur Rückkehr des Inhabiti-
taten in sein früheres kontraktliches Verhältnis gefunden.
Das Blatt meldet nämlich aus Glogau: „Einem hiesigen
Schuhmachermeister war ein Gefelle davongelaufen, ohne die
gesetzliche 14tägige Kündigung innegehalten zu haben, und
bei einem anderen hiesigen Meister in Arbeit getreten. Der
Gefelle wurde wegen Kontraktbruches beim Bezirksgerichte
verklagt und dieses wies den Gefellen an, zu seinem Meister
zurückzukehren, widrigenfalls er so lange eingesperrt werde,
bis er die Verfügung des Bezirksgerichtes beache. Da der
Gefelle nicht zur Arbeit zurückgekehrt ist, befindet er sich
nunmehr hinter Schloß und Riegel des hiesigen Gerichts-
gefängnisses. Er wird dort so lange bleiben, bis er eingesehen
haben wird, daß man die Gesetze respektiren muß.“ Würde
diese Praxis auch an anderen Orten gestattet, so brauchte
man kein Gesetz über die Bestrafung des Kontraktbruches —
aber es würde dabei freilich vorkommen, daß ein willkürliches
Aufheben eines Arbeitsverhältnisses lebenslängliches Gefäng-
niß zur Folge haben könnte.

Stadt und Kreis Eobdiesen in Posen haben auf
Grund einer königl. Ordre den Namen Kolmar in Posen
erhalten.

Reims, 14. März. Das in der von dem hochwürdigsten
Bischof v. Reims und Domcapitular Dr. Roufang
gegen das nationalliberale „Tageblatt“ wegen des Ausdrucks
„die Partei Ketteler-Roufang sei die Partei bodenloser Ge-
meinheit“ erhobenen Anklage heute vom Bezirksgericht publi-
cirt Urtheil spricht den angeschuldigten Redacteur Brüll der
Beleidigung der Kläger für schuldig und verurtheilt densel-
ben zu 200 Mark Geldstrafe eventuell 3 Wochen Gefängniß
und verfügt die Publikation des Urtheils auf Kosten des
Beklagten.

Aus Baden, 12. März. Der „Bad. Bep.“ berichtet
über eine bössartige Denunziation. Gegen den neuer-
wählten Bürgermeister von Steinbach, Herrn Otto Grau,
haben nämlich einige Nationalliberale die Denunziation ein-
gereicht, daß er vor mehreren Jahren gegenüber einem Libe-
ralen eine beleidigende Aeußerung über den Kaiser ausge-
sprochen habe. Herr Otto Grau versicherte dagegen seinen
nähesten Freunden, daß ihm niemals eine solche Aeußerung
in den Mund gekommen sei. Dessenungeachtet mußte derselbe
eine Gerichtsverhandlung über sich ergehen lassen. Er ist
indef in der heutigen Verhandlung der Strafkammer zu
Offenburg freigesprochen worden.

Stuttgart, 9. März. Wie hiesige Blätter zu melden
wissen, hat der h. Vater dem neuermählten württem-
bergischen Thronfolgerpaare ein werthvolles Marmor-
kunstwerk mit lateinischer Widmungsinschrift als Hochzeits-
geschenk überandt. Diese Aufmerksamkeit des Papstes wird all-
gemein im Lande als ein schmeichelhafter Ausdruck der guten

Beziehungen unseres Königshauses zum h. Vater aufgefaßt.
Unsere Nationalliberalen ärgern sich darüber. Das katho-
lische Volk erkennt hierin mit dankbarer Freude einen Be-
weis von dem umsichtigen Wirken, mit dem man sich in Rom
unser annimmt.

München, 13. März. Der „Augsb. Abendztg.“ wird
von hier unter'm 9. d. geschrieben: „Heute Nachmittag hat
in der Redaktion des social-demokratischen „Zeitgeists“ eine
polizeiliche Hausdurchsuchung nach den Nummern 209,
219 und 235 vom vorigen Jahre, sowie nach Manuscripten
stattgefunden. Auf die Anfrage des Polizeibeamten nach
dem Aufbewahrungsorte der Manuscripte deutete Herr Re-
dacteur Kiefer auf den Ofen; dagegen wurden die Namen
sämmlicher Mitarbeiter, des Expeditors, sämmlicher Seher
und Seherlehrlinge zu Protokoll genommen. Man vermu-
thet, daß gegen die Redaktion des „Zeitgeists“ strafrechtliche
Untersuchung wegen einer Serie von Artikeln gegen Herrn
Polizeirath Pfister eingeleitet und dabei der Zeugniß-
zwang in Anwendung gebracht werden soll.“

Deisterreich.

Wien, 13. März. Trotz wiederholten Befehls von Seiten
Milans lehnte Oberst Depotovich es ab, den Oberbefehl über
die böhmischen Insurgenten niederzuliegen. Derselben erhiel-
ten in den letzten Tagen bedeutenden Zuzug.

Frankreich.

Paris, 13. März. In der heutigen Sitzung der Depu-
tirtenkammer interpellirte Daudry d'Alphon den Minister des
Inneren bezüglich des am Vordemittwoch in Perpignan vor-
gekommenen Scandals. Ein die katholische Religion beleidig-
ender Maskenzug war nämlich dort aufgeführt worden.
Jules Simon erwiderte, es sei eine Untersuchung eingeleitet.

Italien.

Rom, 13. März. Im gestrigen Consistorium hielt
der Papst eine längere Ansprache, worin er, auf die Ereigni-
nisse seit 1870 hinweisend, alle gegen die Kirche gerichteten
italienischen Gesetze aufhob. Er beklagte, daß man ihm
die Mittel zur Verwaltung der Kirche weggenommen, und
ihm nur die durch bereits bestehenden Gesetze gewährte Frei-
heit gelassen habe, so daß er zur Verhütung der Sittenlosig-
keit und des Treibens anti-religiöser Secten nichts thun
könne. Er protestirte gegen die Behauptung, daß er in der
Ausübung seines Amtes frei sei, und erklärte, eine Versöh-
nung sei bei den herrschenden Staatsprincipien unmöglich.

Rom, 13. März. In der Deputirtenkammer kündigte
Petrucelli della Gattina eine Interpellation an,
welche Politik die Regierung in der neuen Phase der orien-
talischen Frage, die sich in Folge der Auflösung der Konferenz
ergebe, zu befolgen gedenke, und welches die leitenden Grund-
sätze der Regierung rücksichtlich der zwischen den Kabinetten
von Petersburg und von London obwaltenden Meinungs-
verschiedenheiten seien.

England.

London, 13. März. Gladstone hat in Betreff der
Orientfrage eine neue Broschüre veröffentlicht, in wel-
cher besonders darauf hingewiesen wird, daß die Art, wie
die türkische Regierung sich den Uebern der Gräueltathen
in Bulgarien gegenüber verhalte, ganz unzweifelhaft zu einer
Wiederholung solcher Wegeleiten ermuntere. Die Schuld der
türkischen Regierung liege klar am Tage und eine Einschrän-
kung ihrer Administrationsbefugnisse müsse als geradezu un-
erlässlich betrachtet werden. Wenn man derselben zu frei-
williger Durchführung von Reformen eine einjährige Qua-
denfrist zugeschiebe, so heiße das nichts weiter, als den ent-
würdigenden Zustand und das Elend der christlichen Bevölke-
rung in der Türkei noch um ein weiteres Jahr verlängern.

London, 13. März. Die ostentative Besorgniß der russischen
Regierung um das Wohl fremder Staatsangehörigen veran-
laßte den Deputirten O'Clery in der Montagsitzung des
Unterhauses zu der Anfrage an die Regierung, ob es nicht
angebracht wäre, bei der russischen Regierung wegen der
Einführung von Reformen in der die polnischen
Unterthanen betreffenden Verwaltung vorstellig zu werden.
Der Unterstaatssecretair des Aeußern, Bourke, gab zur
Antwort, daß die Regierung durchaus nicht die Absicht habe,
dieses zu thun. Die britische Regierung findet es nicht ge-
rathen, die schon so sehr verwickelte Lage durch Aufstellung
der polnischen Frage noch verwickelter zu machen. Doch war
schon die Interpellation ein für das Petersburger Cabinet
nicht unverständlicher Wind.

Rußland.

Ein Telegramm der „R. Fr. Pr.“ aus Tsmail meldet:
Das Hauptquartier der russischen Kosaken ist bis Rebej, hart
an der rumänischen Grenze, vorgeschoben worden. Der all-
gemeine Vormarsch wird nur durch die fortwährend schlechten
Witterungsverhältnisse verzögert.

Montenegro.

Cettinje, 10. März. Nach der „Pol. Corr.“ erklärt das
montenegrinische Amtsblatt kurz und bündig: „Man nimmt
an, Rußland werde Krieg mit der Türkei führen, und daß
wir in diesem Falle Frieden halten sollen, daran wird wohl
Niemand glauben.“

Türkei.

Aus Bosnien wird berichtet: Die Insurgenten, welche
den Winter ungestört in den Gebirgsdörfern zubrachten, sam-
meln sich meistens in den datschaker und togarer Gebirge.
Kleine Insurgenten-Abtheilungen streifen umher und werden
um Zuzug. Auch eine Proclamation, auf welcher die Bobje
Ustanka (Führer des Aufstandes) unterschrieben sind, circulirt
in Nord-Bosnien, die in dem Sage ausklingt: „Ich schon
für uns keine Hilfe möglich, so wollen wir mit den Waffen
in der Hand fallen.“ Reisende, die eben aus Bosnien kom-
men, schildern indessen die Stimmung der christlichen Bevölke-
rung im Großen und Ganzen als nicht besonders erhe-
bungslustig. Wenn trotzdem die Insurgenten Anhang fin-
den, so sind es nur die fortgesetzten Gewaltthatigkeiten der
datschaker straflos ausgehenden Muhamedaner, welche viele Chri-
sten dazu treiben, die Reihen der Insurgenten zu verstärken.
Dafür bieten aber auch die Agas und Begs alle, selbst un-

erhörte Mittel auf, um die reichthümliche Bevölkerung gegen
die Christen auf die Beine zu bringen. Die Führer unter
den Begs haben soeben auch ein Manifest erlassen, aus wel-
chem ich folgende Sätze als Stichprobe gebe: „Alles verläuft
gut und ordnungsmäßig. Die Herrschaft der Türken über
die Rajah ist neuerdings befestigt worden. Der Sultan, der
Bruder der Sonne, der Vetter des Mondes und Kaiser aller
Kaiser, hat den Königen des Abendlandes und Kaiser aller
den Rechtgläubigen das Herrscherprivilegium über die mit
dem Schwerte unterworfenen Rajah nicht nehmen werde.
Also wissen, in Bosnien hat Niemand als wir zu befehlen
und die Rajah muß uns gehorchen. Für ihren seit Roma-
nen betheiligten Ungehorsam muß sie bestraft werden.“ Man
kann sich leicht denken, daß solche Heterodoxen unter den ohn-
dies samatistren Massen der muhamedanischen Bevölkerung
eine zündende Wirkung üben und in Folge dessen die miß-
lichen Zustände, welche die Bosniaken den Reihen der In-
surgenten zutreiben, immer tiefer Wurzel fassen. Die In-
surgenten sammeln sich, wie erwähnt, im Bosara- und Kuti-
jal-Gebirge. Glaubwürdig verläutet, daß sie mit modernen
Waffen ausgerüstet und von einem militärisch befähigten
Anführer geleitet sind. Die wenigen Serben sind nach Ser-
bien zurückgekehrt. Die Insurgenten wollen auch nach Ein-
geborenen in ihre Reihen aufnehmen und scheinen sich jetzt
jedem auswärtigen Einflusse entziehen zu wollen.

Konstantinopel, 13. März. Wie verlautet, beabsich-
tigt die Regierung, die Frage wegen der Annahme der von
Montenegro aufgestellten Forderungen dem großen Rathe
oder dem Parlamente zu unterbreiten, weil sie die Verant-
wortung für dieselbe nicht übernehmen wolle.

Abgeordnetenhaus (Haushaltsetat.)

34. Sitzung vom 23. Februar.]

(Fortsetzung.)

Herr v. Schorlemer-Mst. Nach den Worten des Herrn
Abg. Lasker, in denen ich einen wohlwollenden und milden Ton
erkenne, werde ich mich gewiß enthalten, gerade in diesem letzten
Stadium ein Wort zu sagen, welches irgendwie verlegen könnte,
und will ich mich auf wenige ganz kurze Bemerkungen beschränken.
Ich werde daher auf die Einzelheiten der Ausführungen des Hrn.
Abg. Lasker nicht eingehen, nur mag er mir gestatten, zu be-
merken, daß, wenn er an eine Religion die Forderung stellt, daß
sie derart sei, daß der Staat mit ihr bestehen könne, dann unsere
katholische Religion gerade diejenige ist, mit der nicht nur jeder
Staat bestehen kann, daß sie vielmehr in Wahrheit die Grundlege-
und die Stütze der größten Staats-Systeme war, die je gewesen
sind, und daß in der That, als der Staat ganz von dem Geiste
dieser Religion durchdrungen war, das Staatswesen nach der poli-
tischen wie nach der wirtschaftlichen Seite das Großartigste ge-
wesen ist, welches wir bis jetzt hatten! (Sehr wahr!) Der Herr
Abg. Lasker hat dann eine Aeußerung gemacht, die ich glaube
richtig dahin verstehen zu müssen, daß der Streit, gewöhnlich Cul-
turskampf genannt, zwischen den Confessionen bestände. Ich halte
diese Auffassung für unrichtig; ich kann wenigstens versichern, daß
uns nichts ferner liegt, als irgend ein Hader oder ein abgeheugenes
Gefühl gegen andere Confessionen. (Sehr richtig!) Ich glaube,
wir dürfen uns darauf berufen, daß in diesem Kampfe, so schwer
und so erbittert er bisher gewesen ist, doch niemals unversöhnt
eine Verlegung anderer Confessionen oder einer anderen Religions-
genossenschaft stattgefunden hat; und wo es geschehen ist, haben
wir es immer als einen großen Mißgriff und als ein Unrecht ver-
urtheilt. (Sehr richtig! im Centrum.) Wir wollen mit allen Con-
fessionen und gewiß mit derjenigen, der die Mehrzahl unserer Mit-
bürger angehört, in Frieden leben. Wir haben da auch in allen
Landestheilen, wo die Confessionen gemischt leben, die Beweise ge-
liefert, und ich fordere Jeden auf, uns zu beweisen, ob wir irgend
einer anderen Confession je zu nahe getreten sind. Bedenken Sie
aber unsere Lage, daß in den Fragen, die für uns die wichtigsten
und heiligsten sind, ja gerade durch die Wehrkraft dieses Hauses,
die unserer Confession nicht angehört, durch die Regierung, deren
Mitglieder unserer Confession nicht angehören, die Entscheidung
gegen uns getroffen worden. Daraus müssen Sie das Schmerzlichste
und Empfindlichste unserer Lage beurtheilen, und wie schwer unsere
Aufgabe ist, trotzdem den confessionslosen Frieden aufrecht zu er-
halten, wie wir es thun. (Sehr wahr! Sehr gut! im Centrum.)
Dann hat der Hr. Abg. Lasker gesagt — und ich nehme diese
Erklärung dankend entgegen, daß, wenn wir ihm und seinen Freunden,
ich darf also sagen der Wehrkraft des Hauses, denn Sie haben seinen
Ausführungen zugestimmt, — die Ueberzeugung beibringen, daß
Eingriffe in das Gebiet des Gewissens und der Religion stat-
finden, Sie bereit wären, Abhilfe zu schaffen. Hr. S., wir haben
uns redlich bemüht, Ihnen den Beweis zu liefern, daß solche Ein-
griffe stattfinden, und es mußte ja auch stellenweise das schon jetzt
von dem Hrn. Abg. Lasker anerkannt werden. Nun wird ich zuletzt
an eines seiner Worte erinnern. Er sagte nämlich er erkenne in
dem, was gesprochen sei, wohl ein Anerbieten der Versöhnung, aber
nur ein Anerbieten in Worten, nicht in der That. Hr. S., wir
werden nicht nachlassen, Ihnen auch fernerhin — denn jetzt stehen
wir ja nahe dem Schluß der Session — den Beweis zu liefern,
wie schwere Eingriffe durch die sogenannten Waagegesetze in das
innerste Heiligtum unseres Gewissens und unseres Glaubens ge-
macht werden, und dann wollen wir erwarten, ob das, was uns
jetzt von dem Hrn. Abg. Lasker im Namen der Wehrkraft dieses
Hauses versprochen ist (Auf: nur in seinem jetzigen Namen!) —
ich sage in Ihrem Namen, soweit Sie zugestimmt haben, — ob
das ein Anerbieten in Worten gewesen ist, oder ob die That folgen
wird. (Beifall im Centrum.)

Abg. Schroeder (Kippstahl). Hr. S.! Ich glaube, es ist
wohl Niemand von irgend einer Partei dieses Hauses, dem nicht
die Ausführungen des Abg. Lasker im Ganzen sympathisch ge-
wesen sind. Wenn ich noch etwas hinzufüge, so ist es, theils um
zwei Berichtigungen gegen den Hrn. Abg. Lasker zu machen, theils
um meine Ansicht darüber zu äußern, wie sich denn nun die Re-
gierung, speciell der Hr. Cultusminister zu dieser angeregten Frage
zu stellen habe. Der Hr. Abg. Lasker hat zuvörderst gemeint, es
ginge nicht, sich gegen eine Gesamtheit von Gesetzen auszusprechen
dahin, daß man sie nicht befolgen könne. Hr. S., das ist zu weit
gegriffen, das ist niemals geschehen. Es haben vor Erlass der Ge-
setze die katholischen Bischöfe schon der Regierung gesagt, daß ein-
zelne Punkte in den Gesetzen wären, die nicht befolgt werden können,
daß aber die Complication derselben, der künstliche Zusammenhang der-
selben mit allen andern Bestimmungen es unmöglich mache, diese
Gesetze im Ganzen auszuführen. Dasselbe sagen wir auch. Dann
hat der Hr. Abg. Lasker gemeint, daß eine Zahl von Gesetzen
wie wir sie stets vorzuführen pflegen, auch ohne Culturkampf vor-
kommen würden, und von jeder anderen Partei des Hauses bei
jedem Regime vorgebracht werden können. Hr. S., darin irrte sich
der Hr. Abg. Lasker doch, soweit es den Umfang dieser Beschwerde
betrifft. Nicht ist ungerechter, m. S., als wenn Sie glauben,
daß wir Ihnen gefälligst hier möglichst viel Beschwerden vor-
bringen. Ich versichere Sie, daß wir nicht zehn pCt. der Beschwer-

Bevölkerung gegen
Die Führer unter
erlassen, aus wel-
be: „Alles verläuft
der Tücken über
Der Sultan, der
es und Kaiser aller
erklärt, daß er
um über die mit
nehmen werde.
als wir zu befehlen
ihren seit Roma-
st werden.“ Man
en unter den ohne-
neigen Bevölkerung
dessen die miß-
neigen der In-
lassen. Die In-
Rajara- und Kuts-
sie mit modernen
litärisch befähigten
den sind nach Ser-
nen auch nach Ein-
schienen sich jetzt
verloren, beabsich-
Annahme der von
em großen Rathe
il sie die Verant-
le.

ltsetat.)
a. r.]

Worten des Herrn
und miltlen Ton
de in diesem letzten
die verlegen könnte,
lungen beschränken.
führungen des Hrn.
wir gestalten, zu be-
rderung stellt, daß
danne, dann unsere
er nicht nur jeder
heit die Grönderin
war, die je gewesen
z von dem Geiste
felsen nach der poli-
s Großartige ge-
wacht! Der Herr
ist, die ich glaube
it, gewöhnlich Cul-
stände. Ich halte
es verstanden, daß
er ein abgecigetes
tig! Ich glaube,
Kampf, so schwer
denals unsererzeit
anderen Religions-
schaffen ist, haben
es ein Unrecht ver-
den mit allen Con-
walbau hat kein ein-
daß auch in allen
i, die Beweise ge-
gen, ob wir irgend
nd. Bedenken Sie
uns die wichtigsten
it dieses Hauses,
Regierung, deren
die Entscheidung
e das Schmerzhafte
wie schwer unsere
in lausrecht zu er-
ut! im Centrum.)
i, die nehme diese Er-
de seinen Freunden,
ie haben seinen
beirachten, daß
er Religion statt-
M. S., wir haben
i, daß solche Ein-
isse das schon jetzt
un will ich zuletzt
er erkenne in
Verförmung, aber
hat. M. S., wir
benn jetzt stehen
z stehen, z stehen,
Maiegehe in das
es Glaubens ge-
b das, was uns
Wehrheit dieses
enen Namen! —
ob die That folgt

glaube, es ist
wies, dem nicht
sympathisch ge-
ist es, theils um
zu machen, theils
enn nun die Re-
angeregten Frage
erst gemeint, es
en auszusprechen
das ist zu weit
er Erlass der Ge-
gagat, daß ein-
werden können,
ammenhang der-
ich mache, diese
wir auch. Dann
um Beschwerden
ulturfampf vor-
kulturfampf bei
darin tritt sich
dieser Beschwer-
Sie glauben,
Sie glauben, vor-
der Beschwer-

den hier vortragen, die aus d'm Bande auf uns eckstürmen (Zu-
stimmung im Centrum), und zwar nicht bloß von unsern Wählern,
sondern auch von vielen Wählern anderer Confectionen und anderer
Parteien. M. S., wenn sie sich das doch ein Mal ansehen wollten
— und ich habe speciell den Hrn. Abg. Kaster ein, ein Mal einer
solchen Fraktions-Sitzung betzuwöhnen, es wird uns das ein be-
sonderer Vorzug sein —, so würden Sie sich überzeugen, wie wir
diese Fälle von Materialdurchgehen lassen durch Commissionen, Sub-
commissionen und dann wieder durch das Plenum, ehe wir uns
entschließen, auch nur einen kleinen Theil dieser Beschwerden an
das Haus zu bringen. Dann würden Sie uns nie mehr den Vor-
wurf machen, daß wir geistlich Sie mit Beschwerden über-
häufen. Ich behaupte, daß Sie von dem vollen Umfang der Be-
schwerden und Unregelmäßigkeiten, die uns aus dem Lande zuge-
bracht werden, gar keine Ahnung haben. Sodann, m. S., wird
es mir vielleicht möglich sein, die tiefe Kluft mit ein paar Worten
zu kennzeichnen, die unsere Diskussion von einander scheidet und sie
zu macht, daß das Wort der vereinigten Mallindrodt richtig war:
wir verstehen uns nicht, wir sprechen in fremden Sprachen mit
einander.

M. S. 1. Wenn wir unsere Beschwerden vorbringen, wenn wir
sagen, die Ausföhrung der Maiegehe hat die und die Auswüchse
zur Folge, die absolut weder vom Standpunkt der Toleranz, noch
vom Standpunkt der bürgerlichen Freiheit aus erträglich sind in
einem Staatswesen, so belegen wir Ihnen das mit Beispielen. Wir
geben Ihnen also unsere Gedanken vollständig ausgefüllt durch
Thatsachen, die denselben begründet und verständlich machen. So
z. B. die Sache mit den Eingriffen der Geiegehung in das So-
cietament der Deichte, so z. B. die Sache, daß die Geiegehung es
ermöglicht, daß ein altkatholischer Priester angestellt wird vor einem
Patron in einer Gemeinde, die römisch katholisch ist, die nicht einen
einzigen Altkatholiken besitzt; so der Fall, daß ein polen'scher Propst
— ich glaube, Süsskind ist es — in Königsberg wohnt, und
daß doch — nicht nur die Gemeinde ihn erhalten muß, sondern,
weil er von „Staatswegen“ der rechtmäßige Pfarrer ist — die Ge-
meinde auch verpflichtet ist, sich einen andern Seelforger zu ver-
schaffen. Ich könnte noch zwanzig Beispiele anführen; die Frage
des Religionsunterrichts u. s. w., ich will es aber nicht thun.

Wie wird nun aber die Opposition gegen diese berechtigten Be-
schwerden geführt? Die bewegt sich in allgemeinen großen Phrasen;
so z. B. sagt Hr. v. Sydow: „die Frage ist einfach die, ob der röm-
ische Papst hier herrschen soll, oder der Staat. Ja, m. S., was
heißt das, der römische Papst? von dem Sie ja wissen, daß er dem
preussischen Staat gegenüber in der Wille de saluto die Concession
gemacht hat, es dürfe Niemand in Preußen als Bischof angestellt
werden, der nicht persona grata der Regierung ist, in Folge dessen
gerade der jetzige Herr Minister-Präsident den größten Theil der
preussischen Bischöfe selbst gewünscht hat. Das kann er freilich
nicht verlangen, wenn geschwenkt wird in der Politik, daß dann
die Bischöfe mit schwenken; die Bischöfe müssen charakterfeste Leute
sein, die etwas höher stehen als die Partei. (Große Lärme.) Aber
ich dachte, das wäre schon eine Concession, die sich sehen ließe,
wenn nur persona grata zu Bischöfen ernannt werden dürfen.

M. S. 1. Diese, ich möchte sagen Verallgemeinerung der Ent-
gegnungen, dieses fortwährende Begleitanderbegehen des Staates
und der Kirche, des Kaisers und des Papstes, das bringt uns
überall von dem Praktischen ab, was wir ja hier zu erörtern haben.
Nehmen wir doch die Theorien in Büchern ab, auf den Lehrstühlen,
in Vorlesungen! Aber hier müssen wir praktische Resultate herbei-
führen, und das können wir nur, wenn Sie uns auf dem Wege
folgen, auf dem wir Ihnen entgegenkommen, wenn Sie also die
einzelnen thatsächlich begründeten Beschwerden anhören und mit
uns überlegen: wie müssen die Geiege geändert werden, damit
solche Auswüchse, wie sie unzweifelhaft da sind, nicht mehr vor-
kommen können?

M. S. 1. Wie steht nun der Cultusminister zu diesen Sachen?
Es ist ihm gesagt worden: der altkatholische Priester in Herzogs-
walbau hat kein einziges Pfarrfind. Professor Hirschfeld ist zwar
begutachtet haben, daß das sehr gut anginge nach dem Geiege. Es
geht auch an, befähigt uns der Cultusminister. Aber, sagt er, zu
meinem Bedauern bin ich nach Lage der Geiegehung nicht im
Stande, dem abzuhelfen. Ja, m. S., was folgt daraus? Dann
muß die Lage der Geiegehung sich ändern, und die Geiegehung
muß geändert werden. Was sagt der Herr Minister aber, m. S.?
Zu meinem Bedauern bin ich nicht im Stande, wenden Sie sich
an Ihren Bischof in Johannisberg, der könnte das machen. Ja,
m. S., wenn wir das hätten, würden wir schon wegen Beistüh-
des Verbrechens der Annahme bischöflicher Rechte bestraft und
der Bischof erst wegen des genannten „Vergehens“ selbst. Aber,
sagt der Herr Minister weiter: ich kann auch nicht helfen, ich
fühle das Geiege aus, so schwer es mir wird, so schwer es ist.
Beim zweiten Fall des Propstes Süsskind daselbst: ich fühle die
Geiege aus. Ja, m. S., das ist der Standpunkt von Syllod:
ich sehe auf meinem Schin. Und, m. S., daß das ein besonders
hervorragender Standpunkt gewesen wäre, hat wohl Niemand be-
hauptet. (Heiterkeit.)

Ich verlange von der Hgl. Staatsregierung, daß sie nunmehr
nach fünfjähriger Erfahrung über die Maiegehe ernsthaft an eine
Revision derselben herantritt; meiner Ansicht nach muß von der
Regierung aus der Vorschlag zu einer Revision der Geiegehung
gemacht werden. (Sehr richtig!) M. S., wann muß man Geiege
revidiren, wann ist es eine patriotische Pflicht, an eine solche Re-
vision heranzugehen? Dann, wenn die Erfahrungen sich gebildet
haben, und — darauf komme ich jetzt — die Voraussetzung, unter
denen die Geiege gemacht sind, absolut verpöblich ist. M. S., als
die Maiegehe gemacht wurden, war in der That der Geistliche
auch noch Staatsbeamter. Er hatte alle die wichtigen Functionen,
die heute die Standesbeamten haben, und es ließe sich also allen-
falls begründen, daß man sagte: die Regierung muß auf die An-
stellung auch des letzten Kaplans und des letzten Pfarrers einen
Einfluß haben; denn der Mann ist auch Staatsbeamter; ich kann
nicht Leben dazu gebrauchen. Heute aber, und zwar seit dem 1.
Januar 1876 ist in ganz Deutschland und auch in Preußen diese
Situation durch Einführung der Civil-Geiegehung völlig verändert.
Es gibt heute absolut keine geistliche Amtshandlung mehr, die eine
staatliche Beistühung hätte, bei der der Staat auch nur das aller-
geringste Interesse hätte. Sie wissen es recht gut: es braucht Nie-
mand mehr taufen zu lassen, Niemand mehr sich trauen zu lassen,
Beischläge des Personenstandes können nicht mehr vorkommen;
denn es wird alles vom Standesbeamten abgemacht, ob gut oder
weniger gut, das ist hier gleichgültig. Item den Geistlichen geht
das nichts mehr an. Nun frage ich, wenn diese Voraussetzung,
diese ratio legis sich so völlig geändert hat, warum kommt noch
immer nicht die Regierung mit einer Revisionsvorlage? Sachliche
Gründe kann sie dafür unmöglich haben, und ich möchte in miß-
dester Form wenigstens sagen, daß doch wohl das persönliche En-
gagement beim Zustandekommen der Geiege mit ein Grund ist,
daß diese Revision uns noch immer nicht gebracht wird, daß noch
nicht mit einem Worte vom Ministerium aus dieselbe angeordnet
ist, — ein Umstand, der es nun so dankbar empfinden läßt, daß
der Hr. Abg. Kaster endlich heute dieses Wort gefunden hat. (Sehr
wahr! im Centrum.) M. S., nachdem im Jahre 1870 das deutsche
Strafgesetzbuch gemacht war, nachdem in Folge des Krieges eine ge-
wisse Koppelung unter der Bevölkerung sich geltend machte, mehr als
früher, namentlich gegen Organe der öffentlichen Gewalt: Schup-
leute, Wensdarmen u. s. d., da ein Volkshäfter gentaler war, als es dem

Wohle des Staates zuträglich zu sein schien (Ohoi links), nachdem
in Belgien irgend ein gewöhnlicher Mensch den bekannten Brief
an den Erzbischof von Paris geschrieben hatte. — waren diese
Thatsachen genögend, um eine umfassende Revision des deutschen
Strafgesetzbuches, welches erst vier Jahre vorher gemacht war, zu
begründen, uns vorzulegen und in der allerhöchsten Weise von
uns zu verlangen, daß wir uns sehr ernstlich im Sinne der Re-
gierung mit dieser Revision beschäftigten. (Hört! Hört! im Cen-
trum.) Nun frage ich Sie, m. S., wenn irgendwessen die Voraus-
setzung der Maiegehe so wesentlich alterirt ist, daß, während
es früher eine Menge von Handlungen gab, die gleichzeitig staat-
lich waren, es heute keine einzige mehr gibt, nachdem die Civil-
ehe eingeföhrt ist, — warum kommt man uns denn da nicht mit
einer Revision? M. S., das ist eine patriotische Pflicht, und das
verlange ich von einem Minister, daß er das thut, wenn er auch
schließlich nach dem Sage handeln muß, — und ich halte es für
ehrenhaft danach zu handeln, und ich habe schon ein Mal diesen
Sag im Reichstag citirt: — nach dem Sage: Quod male cooptum
est, non potest mutari. (Bravo.)

Cultusminister Dr. Fall. Ich habe mich gestern und heute
auf's Heuerste zurückgehalten, und zwar wesentlich wegen der gegen
meine Person gerichteten Angriffe, die ich der allgemeinen Beur-
theilung überlassen zu können meinte. Freilich wird immer wieder
der Gedanke mit nahe gebracht, ich sei persönlich engagirt und
möchte doch wohl thun, mein Verhalten zu ändern; denn sonst
würde mit dem Ende des Cultuskampfes auch meine amtliche Stel-
lung zu Ende sein. Ich zweifle gar nicht, daß dahinter vielleicht
auch der Gedanke liegt, daß ich, um an dieser Stelle zu bleiben,
den Cultuskampf weiterführe. M. S., ich habe an dieser Stelle
nun mehr als fünf Jahre gestanden unter dem täglich fühlbaren
Druck dieser Verantwortung, unter einer auch die Kräfte einer
leiblich für die Arbeit geschaffenen Natur überbeugenden Ueber-
last schwerer Arbeit, und in einer Durchführung meiner Pflichten,
bei der ich täglich den bittersten, härtesten, sauersten Kampf habe.
Wer einen Zweifel an der Richtigkeit dieser Worte hätte, der möge
doch die letzten zwölf Tage nicht vergessen, und namentlich nicht
den gestrigen. Können Sie es denn wirklich für einen verständigen
Mann und für Jemanden, der noch eine Spur von Empfindung
hat, begreiflich finden, daß er ein seiner Person willen an dieser
Stelle bleibe? Ich denke, Sie werden sagen müssen: es sei doch
etwas anderes, was ihn dazu treibt, auszuhalten; und das ist
etwas, was Gott sei Dank bei mir noch nicht verloren gegangen
ist: nämlich unter allen Umständen den Ruf des preussischen Be-
amten anrecht zu erhalten, seine Pflicht zu erfüllen, die Sache
möge so schwer sein, wie sie wolle! (Beifall.)

Der Vordredner meinte, weil die Bestimmungen der Maiegehe,
insbesondere des vom 11. Mai 1873, voraussetzten, daß der Geist-
liche ein Staatsbeamter sei, dürfe die Regierung jetzt nicht mehr
Aufsicht auf ihn haben, nicht mehr eine gewisse Bildung von ihm
verlangen, habe nicht mehr Einrichtungen entgegenzutreten, die ge-
eignet sind, den Geistlichen herauszugeben aus seiner eigenen Nation;
ja, die fichtlichen Dören hätten nicht mehr nöthig, nur eine An-
zeige zu machen von einer beabsichtigten Anstellung. Nein, m. S.,
das war nicht der Gedanke, der uns bei der Aufassung der Maie-
gehe geleitet hat; sondern vielmehr der: Weil der Geistliche im
eminentesten Sinne des Wortes der Lehrer des Volkes ist, darum
ist es die zwingende Pflicht derjenigen, die das organisierte Volk
zu führen und zu schützen haben, solche bedeutende Mächte im Auge
zu behalten und gegen den Mißbrauch solcher Mächte die absolut
notwendigen Schranken aufzubauen. (Ruf: Sehr wahr!) M. S. 1.
Sie stellen an die Regierung, die Forderung, sie soll Ihnen mit Revi-
sionsvorschlägen kommen. Sie wollen ja aber eigentlich gar keine
Revision, Sie wollen eine Befestigung des Ganzen. Der Vordredner
sprach ja ausdrücklich davon, daß wegen der Complication und der
Tendenz der einzelnen Bestimmungen man den ganzen Geiege in
ihrer Totalität überhand lassen wolle. Und ist dies nicht noch
geheimlich denkbare schärfsten Ausdruck von dem Abg. v. Schor-
lemer gesagt worden? Wie würde es aufgefaßt werden, wenn ein
solcher Schritt von Seiten des Ministeriums gesehe? Würden
Sie (zum Centrum) nicht Alle sagen: Nun, Gott sei Dank, die
Regierung ist auf dem Rückmarsch! Würde daraus nicht Ihr
Wunsch und Ihr Ruf hervorzuschauen: Nun wollen wir aber alles
dasjenige durchsetzen, was wir überhaupt wollen? (Sehr wahr!
links.) Wenn Sie vielleicht unter dem Eindruck einer milden
Strömung, die auch zu meiner besonderen Befriedigung durch dieses
Haus gegangen ist, einige solche nach dem Frieden schmeckende Re-
den halten, so wird doch die Regierung nicht eher zu einer solchen
Maßregel schreiten, als bis sie andere unter andern Umständen
gewonnene und in anderer Weise zeugende Beweise dafür gehabt
hat, daß eben mit Befestigung einiger Säulen und Uebelstände dem
ganzen bürgerlichen Kampf ein Ende gemacht werden könne. (Sehr
richtig.) So lange die Ueberzeugung vorhanden ist, daß das nicht
der Fall ist, werden Sie nicht darauf rechnen, daß der Wunsch des
Abg. Schröder erfüllt werde. (Lebhafter Beifall links! Rufen im
Centrum.) (Schluß folgt.)

Rheinland-Westfalen.

Düsseldorf, 13. März. Zu der in vergangener Woche
hier abgehaltenen Lehrerinnen-Prüfung hatten sich 40 Aspi-
rantinnen gemeldet, darunter 30 zur Prüfung für die Volkss-
schule, acht für das höhere Lehrfach und zwei zur Erlangung
der Qualifikation als Vorsteherinnen. Die 30 Candidatinnen
für die Volksschule haben das Examen bestanden, während
von den übrigen, laut dem „Düsseld. Volksblatt“, zweien das
Zeugniß nicht erteilt werden konnte. In den hier einge-
richteten Cursus zur Ausbildung katholischer Lehrerinnen wur-
den auf Grund einer dieser Tage abgehaltenen Prüfung 28
Aspirantinnen aufgenommen.

Stollte, 12. März. Die General-Versammlung der
hiesigen Gewerbebank hat die außergerichtliche Liquidation
des Instituts beschlossen.

Bierfen, 12. März. Gestern Morgen beim Tagesanbruch
verließ ein hiesiger Pfistermeister seine Wohnung, ging zu
dem sogenannten Klosterweyer und stürzte sich in denselben.
Im Laufe des Vormittags fand man die Leiche. Da der in-
gang geordneten Verhältnissen lebende Mann schon seit eini-
gen Monaten Spuren von Trübfinn zeigte, so wird die un-
fette That wohl in einem Zustande momentaner Unzurech-
nungsfähigkeit geschehen sein.

Siegen, 12. März. Die zur Concursmasse von Dr.
Stroussberg gehörigen Eisenerzgruben bei Siegen, nämlich:
Schmiedeburg, Gemarkung Gosenbach und Oberselben, Alter
Wichelsberg, Gemarkung Eiern, Bröderbund, Jech Berg-
mannslust und Bergwerk Kohlenbacher Thal, Gemarkung
Eisenfeld, sollen am 1. Mai subhastirt werden.

Aus dem Kreise Ahaus, 13. März, schreibt man
dem „M.“ Folgendes: Im ganzen Kreise erzählt man
sich schon seit längerer Zeit haarklein die Umstände, welche
eben zur Entlassung des Kreis-Inspektors
Dr. Upshues geführt haben. Wenn in jeder Gasse aber
solche Dinge bekannt sind, dann konnte der Mann nicht län-

ger mehr auf seinem Posten bleiben und liegt kein Grund
vor, der die Presse zum Schweigen zu nöthigen vermöchte.
Mit Bestimmtheit erzählt man Folgendes: Ende November
1873 hatte der jetzt entlassene Kreis-Inspektor einen sehr
wohlhabenden, in kinderloser Ehe lebenden Mann in Stadt-
lohn, von dem er im Sommer desselben Jahres 800 Thaler
entliehen, auf seinem Krankenbette zu bestimmen gesucht,
ihm zum Zwecke einer frommen Stiftung ein Capital von
400 Thlrn. zu übergeben. Herr Upshues berebete den Kran-
ken, daß dieses Geld den damals noch nicht aus ihrem Klo-
ster gewiesenen Dominicanern übersendet werde. Von diesem
Gelde aber ließ er diesen nur 100 Thlr. zukommen und
fälschte die Urkunden, den Brief und die Empfangsbefestig-
ung. Die Fälschung wurde durch Zufall von einem bei dem
Nachfolger des Geldentgebers zum Besuche weilenden Ver-
wandten erst im October 1876 entdeckt. Die Sache ist in
den Händen der Staatsanwaltschaft. Es geht das Gerücht,
Upshues, der seit Dienstag verschwunden ist, habe aus Straß-
burg geschrieben und wolle sich der Schweiz zuwenden.

Baderborn, 12. März. Ungefähr 50 Damen Bader-
borns veröffentlichten einen Aufruf an alle Damen der Stadt
und Diöcese Baderborn, sich zu vereinigen und dahin zu
wirken, daß dem Hl. Vater Pius IX. am 3. Juni, dem
Tage seines 50jährigen Bischofs-Jubiläums, eine Freude
durch eine Gabe von Paramenten für arme Missionen und
Kirchen bereitet werde. Unterzeichnet ist der Aufruf von den
Damen: Maria Freifrau v. Brenken zu Wewer, Frau Hoff-
Commissar v. d. Hagen, Fräulein v. Freusberg, Fräulein
v. Kleinjörgen, Fräulein v. Ratrop, Frau Schöningh,
Frau v. Schlehtendal, Frau Rath Schmidt.

Münster, 11. März. Unser hochverehrter Professor der
Dogmatik, Prälat Dr. Berlage, hat sich leider genöthigt ge-
sehen, schon seit einiger Zeit wegen andauernden Hals- und
Unterleibsleidens seine Vorlesungen zu beschränken und sich
deshalb an des Herrn Cultusministers Dr. Fall Excellenz mit
der Bitte zu wenden, zu seiner Unterstützung und theilweisen
Vertretung eine jüngere tüchtige Kraft gütigst berufen zu
wollen. Der Herr Minister hat nunmehr unlängst die Be-
rufung eines Extraordinarius für systematische Theologie
verfügt und die Facultät zu einem diesbezüglichen Vorschlag
aufgefordert.

Vermischtes.

Rinteln. Städtisches Technicum. Wiederum hat
es sich gezeigt, was unsere Anstalt zu leisten vermag, indem
bei der am 12. d. M. stattgefundenen Prüfung der Ein-
jährig-Freiwilligen, wie das bisher auch der Fall gewesen ist,
alle verstanden haben, obgleich im Anfange dieses Semesters
manche von diesen jungen Leuten nur eine Elementarschüler-
bildung aufzuweisen hatten. Dieses Resultat muß um so
mehr Verwunderung erregen, als doch bei derartigen Prü-
fungen gewöhnlich 1/3 der Candidaten die Prüfung nicht
bestehen. (Wingsand.)

Heidelberg, 13. März. Der hiesige Stations-Kais-
er Karl August Saul ist wegen Unterschlagung von
Geldern (11,080 M.) durchgebrannt.

Durch die Zeitungen geht jetzt folgende beachtenswerthe
gastronomische Notiz: Bismard-Weisen, Bismard-Coulure,
Bismard-Cigarren, -Cravatten u. s. w. sind im lieben
deutschen Vaterlande bereits bekannt und in schwingvollem
Handel. Einem unternehmenden englischen Capitän, Namens
Harpins, ist es nun gelungen, eine neue Bismard-Verfä-
hrung zu erfinden. Engländer ist bekanntlich das Land der
Fischessen und unser waderer Capitän hat in Folge dessen
eine Fischsauc componirt, die er Bismard-Sauce ge-
tauft hat. Wer den Nationalstolz der Engländer kennt, muß
den Rath des Capitäns bewundern, um so mehr, als der-
selbe in der Ankündigung seiner Sauce sich zu folgender Be-
geisterung aufschwingt: „Diese Sauce ist eine Krone unter
den Saucen, wie Fürst Bismard eine solche unter den Di-
plomaten ist; und wie er die Diplomaten der ganzen Welt
elegant in die Sauce gelegt hat, so verdient jeder Fisch in
die von mir erfundene Bismard-Sauce gelegt zu werden.“

Die „Frankf. Zig.“ bringt folgendes Sittenbild, dessen
Wahrheit verbürgt wird. Ein fein costumirtes Dienstmädchen
wollte sich vermietthen. Es wurde mit der Herrschaft Handels-
einig, bedang sich jedoch an verschiedenen Abenden das Aus-
gehen aus. Da man so leicht keine Magd ohne Anhang be-
kommt, so willigte die Hausfrau ein, verlangte aber, daß
Ramsell am acht Uhr zu Hause sein müßte, worauf die
Jungfer antwortete: „Ach, Rabame, das kann ich nicht zu-
sagen; ich bin im zoologischen Garten abonniert und kann
denn doch nicht immer so aus der Gesellschaft fort, viel-
leicht gerade, wenn ein schönes Stück anfängt.“ Man zeigte
ihr sofort die Thüre.

(Romisches Mißverständniß.) Die Scene spielt
auf einer Eisenbahnstation. Eine alte Dame steht den Kopf
zum Fenster hinaus und schreit mit giftigem Gesichte: „Herr
Kondukteur! Ich's erlaubt in diesem Kamps zu rauchen?“
— „Wenn die Herren drinn nichts dagegen haben“, antwor-
tete dienstbeflissen der Kondukteur, „so können gnädige Frau
getroft rauchen.“

Fruchtpreise zu Neuh am 16. März.

Beizen	1. Qual.	24	22	50	Buchweizen	—
2. „	—	—	—	—	Hafer, 1. Qual.	16 80
3. „	—	—	—	—	Hafer, 2. Qual.	31 50
Bandroggen	1. Qual.	18	10	10	Raps (1. Qual.)	93
Gerste (Winter-)	2. „	—	—	—	Raps (2. Qual.)	—
Sommer-	—	—	—	—	Kartoffeln	6
					Heu	9
					Roggenstroh	7 50

(Mies per 100 Kilo.)

Preise unverändert.
Rübel per 100 Kilo in Barthlen von 100 Str. . . . 72
Rübel per 100 Kilo sahweise 74
Gereinigtel Oel per 100 Kilo 3. — M. höher als Rübel.
Preistuchen per 1000 Kilo 156
Beizen-Borsalz 00 per 100 Kilo 31 50
Reien per 50 Kilo 6 50
Rübel unverändert. Rufen gefragt.

